



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21331 - 33
Fernschreiber 0886390

P/XIII/191 - 25. August 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	Was will de Gaulle? Zur Ankündigung der französischen Atombomben-Explosion	64
2	Warum ich mich als Schriftsteller an der Aktion "Kampf dem Atomtod" beteilige von Paul Schallück	46
3 - 4	Vor dem Parteitag der französischen Sozialisten Starke Strömungen gegen die Politik des Vorstandes Von unseren Pariser SS-Korrespondenten	86
5	Trommelfeuer auf Quemoy Bereitet Peking eine Invasion Formosas vor?	44
6 - 7	Hamburg kündigt Kampf gegen Mietwucher an Eine notwendige Aktion	84

* * * * *
* * *

Was will de Gaulle?

sp - Ministerpräsident de Gaulle, der zur Zeit Afrika bereist, um Stimmung für seine Verfassung zu machen, hat kurz vor dem Abflug die in Paris zurückgebliebenen Regierungsmitglieder veranlaßt, alle Welt wissen zu lassen, daß Frankreich "Vierte Atommacht" werden wolle. Seither bläst das offizielle Frankreich auf dieser Trompete. Es werden sogar schon Termine genannt, an denen die erste französische A- oder H-Bombe in die Luft gejagt werden soll. Die Sahara ist dazu ausersehen, als Experimentierfeld zu dienen.

Alle Welt fragt sich, was die französische Regierung mit dieser Ankündigung und dem Vorhaben selbst bezweckt. Das offizielle Paris läßt verlautbaren - und findet genügend Journalisten, die diesen Text nachbeten - Frankreich wolle noch kurz vor Toresschluß Mitglied des A- und H-Waffenclubs werden, um dann bei neuen Abrüstungsverhandlungen als Großmacht ein entscheidendes Wort mitsprechen zu können.

Diese Version für die Begründung des mörderischen Wettlaufs dürfte jedoch kaum der traditionell als erfindungsreich genannten französischen Diplomatie entsprechen. Der wirkliche Hintergrund des französischen Amoklaufs auf den Atomwaffenbesitz scheint ein ganz anderer zu sein. Nach in Bonn vorliegenden Informationen heißt es, Paris befürchte, daß jetzt nach der Bereinigung des Nahost-Konflikts und der nunmehr offiziell eingestandenen Pleite des Suez-Abenteuers als nächste Aktion der arabischen Staaten in der UNO die Forderung laut wird, das Algerienproblem vor dem Forum der Vereinten Nationen zu erörtern. Die französische Regierung fürchtet nicht zu Unrecht, die USA könnten auf dieses Verlangen der arabischen Staaten eingehen, was zur Folge hätte, daß in einer zweiten Frage von weltpolitischer Bedeutung Moskau und Washington über den Kopf von Paris hinweg zu einer Annäherung gelangen. Da man in Paris sehr gut weiß, daß Washington auch das Abrüstungsgespräch mit Moskau wieder in Gang bringen will, daß dieses Gespräch aber nicht in Gang kommt, wenn die USA Frankreich nicht an der Durchführung eigener Atomwaffenversuche hindern, trumpft Paris auf. Vielleicht - so denkt man in Paris - kann die Erörterung des Algerienproblems vor der UNO mit dem Preis des vorläufigen Verzichts Frankreichs auf die

eigene Atombombe erkaufte werden.

Gewiß handelt es sich hier um Überlegungen, die weit über den aktuellen Anlaß der französischen Ankündigungen zur Explosion der eigenen Atombombe hinausgehen. Aber was hätte sonst das ganze Unternehmen für einen Zweck? Die große Pariser Zeitung "Le Monde" hat bereits die Frage gestellt, ob sich Frankreich es eigentlich leisten könne, derartig viel Geld auszugeben. Der mögliche "Prestigegewinn" eines Frankreich mit Atombombe wird bei weitem durch den Prestigeverlust aufgehoben, den dasselbe Frankreich bei den afrikanischen Völkern erleidet, wenn es tatsächlich die A-Bombe in der Sahara zur Explosion bringt.

Das ist eine paradoxe Situation. Während sich de Gaulle um französisch-Afrika bemüht, stößt er es mit der Ankündigung einer A-Bomben-Explosion in der Sahara ab. Schon jetzt haben sich Sprecher der afrikanischen Völker gemeldet und Frankreich vor diesem Unternehmen gewarnt. Die Warnungen haben sehr reale Hintergründe. Eine A-Bomben-Explosion in der Sahara bedeutet tatsächlich die unmittelbare Gefahr der Verseuchung für einen großen Teil Afrikas. Kein französischer Wissenschaftler hat bisher zu sagen vermocht, ob und wie diese Gefahr der Verseuchung abgewendet werden kann. Es besteht kein Zweifel, daß den Verantwortlichen in Paris dieses Risiko ebenso bekannt ist. Wenn sie es trotzdem eingehen wollen oder zumindest ankündigen, ihr Experiment um jeden Preis durchzuführen, müßte man beinahe von einem Schritt der Verzweiflung sprechen.

Wie anders wollte man sonst die mit dem französischen Vorhaben in Zusammenhang stehenden Konsequenzen beurteilen? In einem Augenblick, in dem die ganze Welt über den Beschluß der Atomwissenschaftler in Genf glücklich ist und neue Ansatzpunkte für neue Verhandlungen über eine weltweite Abrüstung sucht, schießt Frankreich buchstäblich dazwischen. Wir können und wollen nicht glauben, daß Frankreich den Weg nicht sieht, auf den es sich damit begibt.

+ + +

Warum ich mich als Schriftsteller an der Aktion
"Kampf dem Atomtod" beteilige

Von Paul Schallück *

Die Gegner der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands sind im Begriff, Atem zu holen und stehen am Beginn einer zweiten, auf Ausbreitung und Vertiefung eingestellten Phase des Kampfes, der das Unheil einer falschen Politik auf politischem Wege verhindern soll und kann.

Auf politischem Wege? Ja! Ich bin in den letzten Tagen von Freunden und Kollegen gefragt worden, was denn ich, ein Schriftsteller, auf diesem Wege zu suchen hätte. Man sollte die Politik den Politikern überlassen. Was könne schon ein Schriftsteller im Dschungel der politischen Wegweiser und Drähte ausrichten? Er müsse sich dort festrennen und lächerlich machen. Eben jetzt, da die Don-Quichotterie der Auflehnung gegen die Atombombe sichtbar werde, möge ich aussteigen, mich zurückziehen und unbemerkt verdrücken.

Nun, ich habe nicht die Absicht, den Politikern die Politik streitig zu machen. Es geht mir nicht um ihre parteiischen oder sonstigen politischen Ziele. Der Schuster bleibt durchaus bei seinen Leisten, der Schriftsteller in seinem Metier, wenn er die begonnene Fehde gegen die Rüstungspläne weiterführt. Denn der Blitz der ersten Atom-Explosion über Hiroshima ist noch nicht verloschen. In seinem schrecklichen Lichte zeigen sich Situationen und Dinge, die wir noch nicht gesehen haben und benennen können. Die Beherrschung der atomaren Kraft ist uns nur als eines unter vieler Problemen dieser technischen Epoche aufgegeben, als das sichtbarste freilich, das dringlichste. Die Atombombe ist der Türaufstosser geworden, der Erleuchter, der Blitz. Mit der bescheidenen Hilfe einiger Schriftsteller ist ihre Bedeutung während der letzten Monate ein wenig ins Bewusstsein der Bevölkerung eingedrungen; noch lange nicht tief genug. Die Atombombe steht nun da als ein Symbol für all die meist noch unbewussten Beunruhigungen und Ängste, denen wir uns entledigen müssen. Sie steht da als ein Zeichen für die mannigfachen Gefährdungen, denen wir begegnen müssen, wollen wir künftig menschenwürdig leben, wollen wir in dieser Krise zwischen Tod und Leben überleben.

Die Auflehnung gegen die atomare Aufrüstung ist für mich somit nur ein Teil, der Anfang der Bemühung, mit den Gefährdungen fertig zu werden. Dabei kommt es wesentlich auf Bewusstwerdung an, auf Weckung der Phantasie, auf Umdenken. Wir müssen uns der technischen Möglichkeiten des Menschen und seiner geistig-ethischen Ohnmacht vor diesen Möglichkeiten bewusst werden. Wir müssen unsere Phantasie anstrengen, um zu begreifen, dass die Menschheit tödlich ist. Wir werden Begriffe wie Macht, Verteidigung, Prestige, Krieg, Ideologie, Nationalität und viele mehr neu durchdenken müssen. Wir werden für die neuen Dinge neue Namen finden müssen, um uns unter ihnen zurechtzufinden, um nicht von dem Namenlosen, das der Mensch selbst geschaffen hat, hinweggefegt zu werden. Und bei all dem, danke ich, kann auch ein Schriftsteller als Schriftsteller hilfreich sein.

Und darum steige ich nicht aus. Darum kann ich die Aktion gegen die atomare Aufrüstung Westdeutschlands nicht aufgeben. Darum kann und will ich mich nicht zurückziehen.

* Paul Schallück ist der Verfasser der im S. Fischer-Verlag erschienenen Romane "Ankunft 0 Uhr 12" und "Die unsichtbare Ffarte".

Vor dem Parteitag der französischen Sozialisten

Von unserem Pariser GS-Korrespondenten

Der Parteitag der SFIO ist für den 11. - 14. September in Issy-les-Moulineaux bei Paris einberufen, um 14 Tage vor dem Volksentscheid Stellung zu nehmen. Es ist der erste ordentliche Parteitag seit dem Vorjahr; er war schon für Juli vorgesehen, wurde aber infolge des politischen Umsturzes im Mai und Juni, bis zum Herbst vertagt. Die beiden großen Strömungen innerhalb der Sozialistischen Partei Frankreichs haben jetzt bereits in Entschließungsanträgen zu den historischen Ereignissen dieses Jahres und zu der bevorstehenden Volksabstimmung Stellung genommen.

Die bisherige Mehrheit rechtfertigt in mehreren Resolutionen - unterzeichnet von Persönlichkeiten wie Deixonne, Boutbien und führenden Sozialisten Nordfrankreichs, wie Postminister Eugène Thomas, Augustin Laurent und Provo - die Politik Guy Mollets. Die Beteiligung an der Regierung des Generals de Gaulle bedeute wohl ein Zusammensein mit "Männern, die wir bekämpft haben", heißt es in der wichtigsten Entschließung der Mehrheit. Von einem Sieg der sozialistischen Parteigrundsätze könne daher keine Rede sein, der Zweck sei aber "Verhinderung der Diktatur und Ermöglichung einer freien Sozialistischen Partei in einem freien Land". Es sei den Algier-Rebellien "trotz ihres Widerstandes gegen die Rückkehr zur Legalität" nicht gelungen, ihre "sogenannte Integrationspolitik" durchzusetzen. Die Rebellen hätten vielmehr Grundsätze akzeptieren müssen, die von der Sozialistischen Partei seit langen vertreten wurden, nämlich die Gleichberechtigung aller Einwohner Algeriens und den einheitlichen Wahlkörper für alle Wähler. Auch die Verständigung zwischen Paris, Tunis und Rabat entspreche den Wünschen der SFIO.

Der vorgeschlagene Verfassungstext unterscheide sich schließlich in demokratischem Sinn wesentlich von den ursprünglichen Plänen, heißt es abschließend. Augustin Laurent, Bürgermeister von Lille, erklärt dazu in einem Kommentar in der sozialistischen Zeitung "Nord-Matin", die "republikanischen" Grundsätze der neuen Verfassung seien gewahrt: "Allgemeines, geheimes Wahlrecht, Existenz großer politischer Parteien (ohne die es keine Demokratie gibt, auch wenn das den Algier-Faschisten nicht paßt), die Regierung bleibt vor dem Parlament verantwortlich, Gewerkschaftsfreiheit und Streikrecht, Presse- und Meinungsfreiheit."

Alle Mitglieder der Mehrheit dürften in ihrem Optimismus allerdings nicht so weit gehen. Ohne aus diesen Feststellungen jetzt schon direkte Schlußfolgerungen zu ziehen, die dem Parteitag vorbehalten bleiben, wird die Mehrheit offensichtlich mit den Argumenten des "kleineren Übels" und mit der Hinweis auf die unmittelbare Bürgerkriegsgefahr im Falle einer Ablehnung, für das "Ja" am Tage des Volksentscheides eintreten. Einige Zugeständnisse de Gaulles in letzter Stunde, nach Abschluß seiner Afrikareise, könnten diese Tendenz verstärken.

Die bisherige Minderheit der SFIO hingegen tritt jetzt bereits öffentlich für das "Nein" ein - im Rahmen des Bundes der Demokratischen Kräfte, gemeinsam mit den Radikalen (Médès-France), Widerstandsdemokra-

ten (Mitterrand) und anderen demokratischen Organisationen. In ihrem Entschliessungsantrag für den sozialistischen Parteitag - unterzeichnet nicht nur von den bekannteren Führern der bisherigen Minderheit, Depreux, Verdier, Daniel Mayer und Rosenfeld, sondern auch von bisher gemäßigteren Männern und Frauen, wie Gouir, Lussy, Gilberte Brossolette und anderen - wird zuerst auf das Grundsätzliche hingewiesen: die Sozialisten bekämpften "seit eh und je" alle Tendenzen zu autoritären oder faschistischen Staatsformen, sowie jeglichen Verzicht der gewählten Parlamentsabgeordneten auf die Souveränität der Nationalversammlung.

Das vorliegende Verfassungsobjekt bedeute, wenn es angenommen werde, die Errichtung eines neuen "Etat Français" (Titel des 1940 von Marschall Pétain geschaffenen "Französischen Staates"), der sich nur fälschlicherweise des Namens "Republik" bediene; das sei nicht nur aus dem autoritären Inhalt der einzelnen Paragraphen ersichtlich, sondern vor allem aus der Methode: "der unzulässige Druck einer Prätorianerarmee". Eine Verfassungsreform sei durchaus notwendig, heißt es weiter in der Resolution. Eine solche Reform müsse aber "von einer regulär gewählten konstituierenden Versammlung vorbereitet werden". Jeder andere Weg führe erst recht "zum Abenteuer".

Eine dritte Strömung macht sich im politischen Zentrum der Partei, also zwischen den beiden großen Tendenzen bemerkbar: sie spricht sich in einem wichtigen Entschliessungsantrag vor allen "für die Einheit der Partei" aus. Führende und bekannte Persönlichkeiten, wie die ehemaligen Minister Pineau, Gazier und Jaquet haben mit zahlreichen anderen, diese Resolution unterzeichnet, in welcher die demokratischen Grundsätze der sozialistischen Stellungnahme hervorgehoben werden. Folgende Kriterien müßten für die Entscheidung des Parteitages zu der Volksabstimmung im September maßgebend sein: Ablehnung jeder Form der Diktatur, Vermeidung der "Volksdemokratie" und der "Einheitspartei" ebenso wie des "Pouvoir Personnel" (gemeint ist in diesem Fall eine Diktatur de Gaulles).

Ein Großteil der sozialistischen Parlamentarier steht dem gaullistischen Projekt weiterhin ablehnend gegenüber, umso mehr, als die Antworten de Gaulles auf die Fragen der sozialistischen Delegation nicht befriedigten. Der Protest Jules Mochs gegen die diktatorischen Vollmachten des Staatsoberhauptes (Artikel 14) wurde nicht berücksichtigt. Jules Moch, der bekanntlich aus Zweckmäßigkeitserwägungen im Juni für die Investitur de Gaulles stimmte, hat seinen Standpunkt zum Volksentscheid noch nicht festgelegt. Falls er und Caston Defferre, der Bürgermeister von Marseille, aus ihrer bisher abwartenden Haltung heraustreten, könnte das zu einem Umschwung auf dem Parteitag führen.

+ + +

Trommelfeuer auf Quemoy

H.Z.D. Seit Tagen liegt die dem chinesischen Festland vorgelagerte und von den Truppen Tschiang Kai Scheks besetzte Insel Quemoy unter schwerem Artilleriefeuer. Wie Berichte aus Formosas Hauptstadt Taipeh besagen, erlebt die Inselbesatzung ihr bisher stärkstes Bombardement. Es ist daher nicht erstaunlich, daß sowohl die politische Führung Formosas als auch die Regierungen in der westlichen Welt versuchen, die Gründe für dieses plötzliche militärische Engagement Pekings herauszufinden.

Während Tschiang Kai Schek von einer möglichen Invasion Formosas spricht und den Ausnahmezustand über die seiner Befehlsgewalt unterstellten Gebiete angeordnet hat, ist nach Meinung gut unterrichteter Kreise in Washington und London in "nächster Zeit" nicht mit einer Landung der kommunistischen Streitkräfte zu rechnen. Zwar wetteifern der Geheimdienst Formosas und die Abwehrdienste der USA in der Beibringung immer neuer Nachrichten über einen bevorstehenden Sprung vom Festland auf die Insel. Es ist seit geraumer Zeit bekannt, daß Peking gewaltige Truppenmassierungen in der Quemoy gegenüberliegenden Provinz Fukien vorgenommen hat, wie denn auch sonst die militärische Überlegenheit der kommunistischen Streitkräfte von Monat zu Monat zunimmt. Schon heute steht fest, daß Formosa die Luftüberlegenheit in Raum zwischen Matsu und Quemoy verloren hat.

Die Vereinigten Staaten haben durch ihren Außenminister die Besorgnis über die Lage im Fernen Osten ausgedrückt. Zum Erstaunen politischer Kreise in der amerikanischen Hauptstadt verzichtete John Foster Dulles jedoch darauf, eine erneute Garantie für Formosa abzugeben. Im Gegenteil er erklärte, daß Washington niemals dem Unsinnen Tschiang Kai Scheks nachgekommen sei, auch die Inseln der "keep off" Order der amerikanischen Flotte in der Straße von Formosa zu unterstellen.

Zweifellos befindet sich die Fernost-Politik Amerikas in einer ersten Krise, die weniger militärischer als vielmehr psychologischer Natur ist. Weder Eisenhower noch Dulles haben zur gegenwärtigen Stunde das geringste Interesse daran, ein neues Spannungsfeld von der Art des nächstlichen in Ostasien entstehen zu lassen. Denn im Ernstfall dürfte sich die Garantieverklärung für Tschiang Kai Schek ebenso brüchig erweisen wie die vielgerühmte Eisenhower-Doktrin für den Nahen Osten es jetzt schon bewiesen hat. Dies aber ist weniger einem schlechten Willen der USA zuzuschreiben als der Veränderung der Machtverhältnisse selbst.

Nach Angaben des amerikanischen Nachrichtendienstes unter Leitung von Allan W. Dulles ist die amerikanische Flotte in den chinesischen Gewässern nicht in der Lage, eine Invasion abzustoppen, es sei, sie bediene sich nuklearer Waffen. Es hieße die Leute in Peking unterschätzen, würde man annehmen, dies sei ihnen unbekannt. Ebenso falsch aber wäre es, ihnen schlangweg eine sofortige Invasion zu unterstellen. Viel eher scheint in Peking das Bestreben vorzuherrschen, hinter den Dunstschleier der auf Quemoy explodierenden Granaten den Einzugschritt in die allseits anerkannte Illegalität des Regimes selbst zu erkämpfen.

Hamburg kündigt Kampf gegen Mietwucher an

H - Der Hamburger Bausenator Dr. Paul Nevermann (SPD) hat in der vergangenen Woche erklärt, der Senat werde nicht vor den Wohnungsschwierigkeiten kapitulieren und durch neue Baumaßnahmen, sowie einem ständigen Kampf gegen den Mietwucher dafür sorgen, daß in Hamburg die Verhältnisse der Wohnungsbaupolitik des Bundes wettgemacht werden.

Es muß dahingestellt bleiben, ob sich die Wohnungssachverständigen der Bonner Regierung in den letzten Jahren bei dem systematischen Abbau des Mieterschutzes darüber überhaupt Gedanken gemacht haben, wie sie in den deutschen Großstädten dem Mietswucher (bei Wohnungen und bei einzelnen möblierten oder unmöblierten Zimmern) begegnen können. Wenn heute der Hamburger Bausenator die Feststellung trifft, daß die Aufhebung der Bewirtschaftung der Einzelzimmer ein Fehler war und daß gegen den Untermieten-Wucher geeignete Maßnahmen gesucht werden müssen, so fußt er dabei auf niederdrückende Erfahrungen in der größten Stadt der Bundesrepublik, in der 1,8 Millionen Einwohner zählenden Welt- und Hafenstadt Hamburg. Der Wucher mit Mieten muß in der Hansestadt geradezu als unglaublich und unerhört bezeichnet werden. Vier Jahre Hamburg-Block haben in Hamburg der "privaten Initiative" auf dem Wohnungssektor volle Freiheit gelassen, der neue, von der SPD geführte Senat steht jetzt vor einer wahren Mietswildnis und einem Mietspreis-Dschungel, in dem Hyänen in biedermännischer Maske die Untermieter, aber auch die Wohnungssuchenden als Freiwild betrachten.

Was Wohnungseigentümer von einem Untermieter alles fordern und erwarten, wurde jetzt in der Presse durch die Enthüllungen einer Hamburgerin bekannt, die in einer privaten Zimmervermittlung argestellt ist. Hier einige Wünsche von Zimmervermietern:

"Ich möchte ein Zimmer vermieten, weil wir acht Wochen verreisen. Als Miets für das möblierte Zimmer suche ich an 150 bis 160 DM".

"Ich vermiete ein Zimmer an einen Herrn. Miets 130 DM. Bad kann von 10 bis 10.30 Uhr benutzt werden. Toilette nur bis 8 Uhr abends. Auf dem Flur muß der Mieter die Schuhe ausziehen. Mein Mann ist hoher Beamter und braucht seine Ruhe".

"Ich biets ein 14 Quadratmeter großes Zimmer für 140 DM an. Licht und Heizung zusätzlich. Das Zimmer liegt nach Norden".

"Wir wollen ein möbliertes Zimmer im Keller vermieten. Es liegt nach Norden; Miets 120 DM. Es soll ein kinderloses Ehepaar sein. Die Frau muß in Haushalt, der Mann im Garten helfen".

Unverschämt so etwas oder nur Ausnahmefälle? Durchaus nicht. Jeder, der in Hamburg ein möbliertes Zimmer sucht und sich dabei, um sicher zu gehen, der Hilfe eines Maklers bedient (dem er natürlich für die Vermittlung zahlen muß) kann noch ganz andere Dinge erleben. Von einem berufstätigen Mädchen wird anscheinend grundsätzlich verlangt, daß es sein Zimmer selber sauber machen muß, wenn "nur" eine Miets von 100 bis 120 DM gefordert wird. Daß sich die meisten Vermieter ein Kontrollrecht über die Lebensgewohnheiten ihrer Untermieter ausbedingen, gehört in der traditionsgebundenen Stadt Hamburg zu den unerfreulichsten Traditionen.

Wird ein Zimmer "mit Küchenbenutzung" angeboten, so bedeutet dies zumeist, daß die Benutzung zu einem Zeitpunkt erfolgen kann, der für den Untermieter (und insbesondere eine Untermieterin) vollständig illusorisch ist. Geradezu unerhört aber ist es, was sich zimmersuchende Untermieterinnen oft gefallen lassen müssen; man zieht ihren sittlichen Lebenswandel von vornherein in Zweifel, verbietet ihnen auch dann Besuche, wenn sie das Alter der Großjährigkeit längst überschritten haben, und behandelt sie so, als ob sie nicht den ganzen Tag in ihren Büros ehrlich arbeiten würden. Jedes "Zugeständnis" wird dazu benutzt, die Miete noch weiter in die Höhe zu schrauben. Ein Großteil der in Hamburg berufstätigen Mädchen und Frauen muß auf diese Weise bis zu einem Drittel ihres Verdienstes (oder noch mehr) für ein möbliertes Zimmer ausgeben, um überhaupt ein Dach über dem Kopf zu haben.

Der Wucher mit den freien Wohnungen bewegt sich auf der gleichen Ebene. Als Hamburg-Block-Erbe sind auf die heutige SPD-Mehrheit in Hamburg über 102.000 Wohnungssuchende gekommen, von denen Tausende die Dringlichkeitsstufe mit 8 und mehr Punkten besitzen. Diese Punkte werden in Hamburg nach verschiedenen erschwerenden Umständen und nach der Zeitdauer der Wohnungssuche berechnet. In den Wohnungsannoncen jeder Hamburger Zeitung kann man nachlesen, daß heute für eine Ein-Zimmer-Wohnung Bauzuschüsse bis zu 4000 DM und mehr verlangt werden und daß Mehr-Zimmerwohnungen entsprechend mehr kosten. Den "verlorenen Bauzuschuß" gibt es nicht mehr - falls man ihn nicht zu ungehen versteht. Clevere Wohnungsverschafter haben auch da einen Weg gefunden; der Zuschuß wird für die "Abnutzung" der Wohnung berechnet und auf eine Reihe von Jahren verteilt. Sind die Jahre um, ist der Zuschuß "verbraucht" und damit praktisch verloren. Auch für die Berechnung der Mieten von Wohnungen ist der Phantasie keine Grenze gesetzt. Bis zu 3 und 4 DM pro Quadratmeter werden bereits berechnet und der Begriff einer "Luxuswohnung" stellt der deutschen Wohnungskultur manchmal ein beschämendes Zeugnis aus. Die Zuschläge für Beheizung und warmes Wasser erreichen horrende Beträge.

Hamburgs Bausenator weiß, welche Aufgabe bei der Beseitigung dieses Erbes des "Hamburg-Blocks", der vier Jahre tatenlos der Entwicklung zuseh, vor ihm steht. Er ist ein energischer Mann und kann bei seinem angekündigten Kampf gegen den Mietwucher der Unterstützung der überwältigen Mehrheit der Hamburger gewiß sein.

- + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel